

Brüssel Aktuell 23/2020

26. Juni bis 3. Juli 2020

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Datenschutz: Bericht der Kommission nach zwei Jahren Anwendung der DSGVO

Am 24. Juni 2020 veröffentlichte die EU-Kommission nach zwei Jahren Anwendung ihren ersten Pflicht-[Bericht](#) zur Datenschutz-Grundverordnung (EU) [2016/679](#) (DSGVO; zuletzt Brüssel Aktuell 16/2020). Wie bereits der Rat der EU (Brüssel Aktuell 5/2020) und der Europäische Datenschutzausschuss ([EDSA](#); Brüssel Aktuell 10/2020), sieht auch die Kommission den bisher vergangenen Anwendungszeitraum von zwei Jahren als zu kurz an, um hieraus bereits konkrete Anpassungsvorschläge ableiten zu können. Die Verordnung stelle einen erfolgreichen Rechtsrahmen dar, der jedoch noch nicht durchgehend umgesetzt sei bzw. dessen Potential noch nicht vollständig genutzt werde...

Coronavirus: Dritte Erweiterung des Befristeten Rahmens für Beihilfen

Am 29. Juni 2020 hat die EU-Kommission den bereits am 3. April 2020 und 8. Mai 2020 (Brüssel Aktuell 18/2020) erweiterten Befristeten [Rahmen](#) für staatliche Beihilfen vom 19. März 2020 (Brüssel Aktuell 13/2020) ein weiteres Mal [geändert](#) bzw. präzisiert...

Wirtschaft: Veröffentlichung des Berichts zu Handels- und Investitionshemmnissen

Am 18. Juni 2020 veröffentlichte die EU-Kommission ihren [Bericht](#) zu den Handels- und Investitionshemmnissen 2019 ([Factsheet](#); Brüssel Aktuell 25/2019)...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Gemeinsame Agrarpolitik: Fortschritte zur GAP-Reform und Übergangsverordnung

Am 30. Juni 2020 erzielten die EU-Kommission, das Europäische Parlament sowie der Rat der EU im dritten Trilog zur Übergangsverordnung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eine politische [Einigung](#) (Brüssel Aktuell 37/2019)...

Soziales, Bildung und Kultur

Demografischer Wandel I: Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels

Am 17. Juni 2020 veröffentlichte die EU-Kommission ihren ersten [Bericht](#) über die Auswirkungen des demografischen Wandels. In diesem werden die Triebkräfte des langfristigen demografischen Wandels, dessen Auswirkungen auf die soziale Marktwirtschaft sowie die Rolle Europas in der Welt betrachtet. Überdies werden Zusammenhänge zwischen demografischen Strukturen und dem Potential zur Erholung von der COVID-19-Pandemie eruiert...

Demografischer Wandel II: Schlussfolgerungen zu demografischen Herausforderungen

Am 19. Juni 2020 wurden im Amtsblatt der Europäischen Union die [Schlussfolgerungen](#) des Rats der EU zum Thema „Demografische Herausforderungen – der künftige Ansatz“ veröffentlicht. In diesen ruft der Rat Mitgliedstaaten und insbesondere die EU-Kommission zum Handeln, zur Förderung und Unterstützung auf, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Der Schlüssel zum Erfolg liege u. a. in der wirksamen Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen allen – nationalen, regionalen und lokalen – Regierungsebenen und einer Kooperation auf allen Ebenen...

Migration I: Visapflicht und Nachweis Familienangehörigkeit bei Daueraufenthaltskarte

Am 18. Juni 2020 entschied der Gerichtshof der Europäischen Union ([EuGH](#)) in der Rechtssache [C-754/18](#), dass nach Art. 5 Abs. 2 der Richtlinie [2004/38/EG](#) der Besitz einer Daueraufenthaltskarte nach Art. 20 der Richtlinie einen Nicht-EU-Bürger, der Familienangehöriger eines Unionsbürgers ist, bei der Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten von der Visumpflicht befreit (Rn. 32 ff., 38)...

Migration II: EASO-Jahresbericht über Asylsituation in der EU+ veröffentlicht

Am 25. Juni 2020 veröffentlichte das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen ([EASO](#)) seinen [Jahresbericht](#) 2020 über die Asylsituation in der EU, Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz (EU+; s. deutschsprachige [Zusammenfassung](#)). Im Jahr 2019 wurden in der EU+ ca. 740.000 Anträge auf internationalen Schutz gestellt, was einem Anstieg von 11 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Somit ist zum ersten Mal seit der Migrationskrise 2015 wieder ein Anstieg der Antragszahlen zu vermelden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Ratspräsidentschaft: Prioritäten des deutschen Vorsitzes

Am 1. Juli 2020 übernahm Deutschland als Teil der Triopräsidentschaft mit Portugal und Slowenien für die kommenden sechs Monate die [Präsidentschaft](#) im Rat der EU. Die Bundesregierung legte hierfür ein [Programm](#) unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ vor. Im Fokus stehen die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie – kombiniert mit einer nachhaltigen und inklusiven Wachstumsstrategie. Wesentliche Elemente sind hierbei der digitale Wandel und der europäische Grüne Deal. Weitere Schwerpunkte sind die Annahme des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (MFR), die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit, der neue Anlauf für die Novellierung der gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik der EU sowie die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zu Großbritannien...

Europäisches Parlament: EuGH zum Sitz des Parlaments bei Haushaltsentscheidungen

Am 25. Juni 2020 erließ der Gerichtshof der Europäischen Union ([EuGH](#)) ein Urteil in der Rechtssache [C-92/18](#) mit dem eine Nichtigkeitsklage der Französischen Republik über vier Handlungen des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit der Annahme des Jahreshaushaltsplans der EU für 2018 abgewiesen wurde...

Europawahl: Bericht zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Am 19. Juni 2020 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Bericht](#) und ein [Arbeitsdokument](#) über die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 (Brüssel Aktuell 37/19). Darin legt sie dar, dass es bei der letztjährigen Europawahl mit 50,66 %, die seit 25 Jahren höchste Wahlbeteiligung gab...

BREXIT: Rat nimmt Schlussfolgerungen zu künftigen EU-UK Beziehungen an

Am 25. Juni 2020 [nahm](#) der Rat der EU [Schlussfolgerungen](#) zu den künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) an (Brüssel Aktuell 21/2020). Darin nimmt der Rat zur Kenntnis, dass das UK die derzeitige Übergangsfrist des [Austrittsabkommens](#) nicht verlängern möchte, weshalb diese am 31. Dezember 2020 enden wird...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Ausschreibung: EUROPE DIRECT-Informationszentren 2021-2025

Bis zum **15. Oktober 2020, 17.00 Uhr**, können sich u. a. öffentliche Einrichtungen, privatrechtliche Einrichtungen mit öffentlichem Auftrag und Verbände/Vereinigungen lokaler Behörden im Rahmen des [Förderaufrufs](#) zur Einreichung von Vorschlägen zur Erneuerung des deutschen EUROPE DIRECT [Informationsnetzwerkes](#) für den Zeitraum vom 1. Mai 2021 bis zum 31. Dezember 2025 bewerben...